

Bundesamt für Justiz (BJ)  
Direktionsbereich Öffentliches Recht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 29. November 2010

## **Allgemeine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung (Umsetzung der Motion 05.3232)**

### **Stellungnahme von strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

**strasseschweiz** – Verband des Strassenverkehrs FRS (vormals Schweizerischer Strassenverkehrsverband FRS – Fédération routière suisse FRS) ist die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs in der Schweiz. **strasseschweiz** umfasst rund 30 Verbände aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenutzer- und Fahrlehrerorganisationen. Seine wichtigsten Trägerorganisationen sind: TCS (Touring Club Schweiz); auto-schweiz (Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure); AGVS, Autogewerbeverband der Schweiz; ACS (Automobil Club der Schweiz) und ASTAG (Schweizerischer Nutzfahrzeugverband).

Wir erlauben uns – obwohl nicht offiziell zur Mitwirkung eingeladen –, im Rahmen des entsprechenden Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf einer allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung (Umsetzung der Motion 05.3232) Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

**strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS lehnt die Schaffung eines neuen Verfassungsartikels über die allgemeine Grundversorgung prinzipiell ab und spricht sich für eine sektoriell verankerte sowie effiziente Grundversorgung aus.**

## **I. Grundsätzliche Bemerkungen**

Allgemeine Vorgaben zur Grundversorgung gehören prinzipiell nicht in die Bundesverfassung. Auch dann nicht, wenn es – wie im vorliegenden Fall – nicht in verpflichtender Weise, sondern nur mit politischer bzw. symbolischer Absicht geschehen würde. Ein wesentlicher Grund dafür ist, wie es der erläuternde Bericht richtigerweise festhält<sup>1</sup>, dass eine allgemein gültige sowie unbefristete Definition der Grundversorgung und ähnlichen Begriffen wie etwa Service public grundsätzlich nicht möglich ist. Vielmehr unterliegen Konzeption und Begrifflichkeit einem dauernden Wandel, der jeweils von subjektiven Werthaltungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abhängig ist.

Nicht zuletzt deshalb entwickelten sich die einschlägigen rechtlichen Grundlagen in der Vergangenheit nicht im Rahmen einer allgemeinen Verfassungsbestimmung, sondern auf Basis einzelner Erlasse auf Gesetzes- und Verordnungsstufe. Dies ermöglichte und soll u.E. auch weiterhin ermöglichen, dass die konkrete Ausgestaltung der Grundversorgung durch konkrete gesetzgeberische Massnahmen gemäss politisch definierten Kriterien im entsprechenden Sektor erfolgt und periodisch angepasst werden kann.

Im Verkehrsbereich werden unter dem Begriff „Grundversorgung“ sowohl die umfassenden Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs (öV) als auch die landesweite Erschliessung durch ein ausreichendes Strassennetz subsumiert.

Unter dem Titel „gemeinwirtschaftliche Leistungen“ werden die öV-Angebote seit jeher von der öffentlichen Hand bestellt und zu marktwirtschaftlichen Preisen abgegolten. Bund und Kantone gewährleisten auf diese Weise die öV-Grundversorgung und stellen zugleich die Finanzierung der öV-Infrastruktur – insbesondere jene der Schiene – sicher.

Vor allem was das öV-Angebot in ländlichen Regionen anbelangt, wird den Anforderungen an die Effizienz sowie an ein für die öffentliche Hand ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis häufig in ungenügendem Mass Rechnung getragen. Diesbezüglich weitere politische Forderungen in Richtung einer Verstärkung des Service Public stellen zu wollen, erscheint **strasseschweiz** in erster Linie aus volkswirtschaftlicher, aber auch aus gesellschaftlicher Sicht nicht opportun zu sein.

Wie ein vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) jüngst publizierter Grundlagenbericht<sup>2</sup> bestätigt, gilt grundsätzlich, dass primär in ländlichen Gebieten, aber auch in Agglomerationen die verkehrsmässige Erschliessung zu grossen Teilen auf der Strasse mittels motorisiertem Individualverkehr (MIV) erfolgt und dass ein leistungsfähiges öV-System in erster Linie dort sinnvoll ist und die immensen Investitionen einigermaßen rechtfertigt, wo viele Personen und/oder Güter gleichzeitig auf der gleichen Strecke befördert werden können. Diese grundlegende „Aufgabenteilung“ zwischen MIV und öV erachten wir als vernünftig; sie wird und muss u.E. auch in Zukunft Bestand haben.

Die Grundversorgung ist und bleibt eine Mindestanforderung, die der Staat zu erfüllen hat. Für die volkswirtschaftliche Entwicklung wäre es kein Gewinn, wenn unter dem Deckmantel der Grundversorgung die staatlichen Leistungen ungeachtet der Nachfrage eine Ausdehnung erfahren müssten. Dann nämlich wäre mit einer (massiven) Verteuerung der Grundversorgung zu rechnen, und zwar ohne spürbare Leistungssteigerung bei sinkender Effizienz und höheren Kosten.

---

<sup>1</sup> Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung, erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren, S. 2

<sup>2</sup> Erschliessung und Erreichbarkeit in der Schweiz mit dem öffentlichen Verkehr und dem motorisierten Individualverkehr, Grundlagenbericht, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Ittigen, Juni 2010

## II. Fragenkatalog

### 1. Halten Sie eine Verfassungsbestimmung in der Art des vorgestellten Entwurfs für nützlich und notwendig?

Nein, wir halten die vorliegende Verfassungsbestimmung für unnützlich und nicht notwendig. Wir teilen vollumfänglich die Auffassung des Bundesrats, der eine „solche symbolhafte, programmatische Bestimmung nicht als sinnvoll erachtet“<sup>3</sup> und der den Verzicht auf eine neue, allgemeine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung dem vorgestellten Entwurf vorzieht<sup>4</sup>.

Wie die Erfahrungen mit der Umsetzung von Artikel 73 der Bundesverfassung (BV), der das Prinzip der Nachhaltigkeit festhält, zeigen, lösen Programmartikel in der BV leicht ausufernde sowie teure politische und bürokratische Aktivitäten aus, die es in einem schlanken Staat nach Möglichkeit zu vermeiden gilt.

Die Grundversorgung funktioniert u.E. heute schweizweit in allen Bereichen des täglichen Lebens sehr gut. Es gibt keine bedrohliche Entwicklung, welche die Grundversorgung auf absehbare Zeit zu gefährden scheint. Es ist deshalb für **strasseschweiz** nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Nutzen ein neuer Verfassungsartikel zur Grundversorgung haben sollte. Wir sind davon überzeugt, dass die bestehende sektorielle Regelung diese Zielsetzung effizient und sachgerecht erfüllt.

### 2. Haben Sie Bemerkungen zur systematischen Positionierung der Bestimmung im Anschluss an die Sozialziele (Art. 41 BV)?

Die systematische Positionierung der Bestimmung im Kapitel „Sozialziele“ erachten wir als völlig falsch. Die Grundversorgung hat u.E. primär einen wirtschaftlichen und nicht einen sozialen Charakter. Eine allfällige neue Verfassungsbestimmung müsste daher vielmehr unter dem Abschnitt „Wirtschaft“ eingegliedert werden.

### 3. Haben Sie Bemerkungen zum Handlungsauftrag an Bund und Kantone, wie er in Absatz 1 festgehalten wird?

Sollte es zur Aufnahme einer neuen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung kommen, so beantragen wir folgende Änderung: „Bund und Kantone ~~setzen sich dafür ein~~ **achten darauf**, dass die Bevölkerung Zugang zur Grundversorgung hat.“

### 4. Haben Sie Bemerkungen zur Definition des Begriffs „Grundversorgung“ (Absatz 2)?

Nein, dazu haben wir keine Bemerkungen.

### 5. Haben Sie Bemerkungen insbesondere zur exemplarischen Aufzählung der Sachbereiche (Absatz 2)?

Nein, dazu haben wir keine Bemerkungen.

---

<sup>3</sup> Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung, erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren, S. 8

<sup>4</sup> a.a.O., S. 9

## 6. Haben Sie Bemerkungen zu den Bewertungskriterien der Grundversorgung (Absatz 3)?

Da es sich um Kriterien zur Bewertung der Grundversorgung handelt, sollten Bund und Kantone nicht „anstreben“, sondern **„darauf achten“**, dass die Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung in allen Landesgegenden zugänglich sind, für die gesamte Bevölkerung zugänglich sind, etc.

Ferner beantragen wir Abs. 3 Bst. e zu streichen. Die Bestimmung, dass die Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung „für alle erschwinglich“ sein sollen, öffnet u.E. neuen, nicht finanzierbaren politischen Forderungen Tür und Tor. Stattdessen schlagen wir folgende Formulierung vor: „(...) **so verursachergerecht und kostendeckend wie möglich finanziert werden.**“

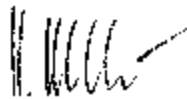
## 7. Haben Sie weitere Bemerkungen?

Nein, wir haben keine weiteren Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

**strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS**

Der Generalsekretär



Hans Koller